

## EINLEITUNG

In seiner 1911 erschienenen Studie über die Position der Juden an deutschen Universitäten stellte der jüdische Jurist Bernhard Breslauer lapidar fest, dass durch die von ihm präsentierten Statistiken „die Absicht der Zurücksetzung der jüdischen Gelehrten erwiesen“ sei.<sup>1</sup> Mit seiner Schrift wollte Breslauer dem wiederholt öffentlich formulierten Vorwurf begegnen, der Einfluss jüdischer Wissenschaftler würde an den Universitäten zu dominant sein. Die Publikation der Ergebnisse dieser Untersuchung traf einen neuralgischen Punkt und wurde in der Öffentlichkeit intensiv diskutiert. Breslauer's Zahlen überzeugten sofort diejenigen, die ohnehin schon überzeugt waren. Andere reagierten abweisend und verwiesen auf die insgesamt große Präsenz jüdischer Wissenschaftler an den Universitäten, unabhängig von ihrem Status, wobei eine Unterscheidung zwischen jüdischen Wissenschaftlern und solchen, die nicht mehr jüdisch waren, selten getroffen wurde.<sup>2</sup> Diese Frontenstellung markiert bereits die ambivalente Position der Wissenschaftler jüdischer Herkunft bzw. Religion innerhalb des wissenschaftlichen Betriebes, und diese Ambivalenz steht am Ausgangspunkt der vorliegenden Analyse. Die zwei zentralen zeitgenössischen Beobachtungen – die überproportionale Präsenz und die Zurücksetzung innerhalb der Universitäten – deuten einen fundamentalen Antagonismus an. Zum einen erscheint die Zahl der als jüdisch bezeichneten Wissenschaftler an deutschen Universitäten und insbesondere an der Berliner Friedrich-Wilhelms-Universität vor 1933 tatsächlich bemerkenswert hoch. Dies bestätigen nicht zuletzt die Ergebnisse der Emigrationsforschung, die anhand von Lebensläufen der nach 1933 wegen ihres „Judentums“ entlassenen Wissenschaftler eine Aussage über die Zeit vor 1933 erlauben.<sup>3</sup> Zum anderen wurde und wird in der Forschung stets auf die speziell für Juden geltenden Hindernisse beim Ergreifen der Hochschulkarriere und den damit im Zusammenhang stehenden Antisemitismus hingewiesen: Bereits 1917 hatte der Soziologe Max Weber in seiner Ansprache an die Studenten der Ludwig-Maximilians-Universität in München über die akademischen Karrierechancen pointiert und desillusionierend formuliert: „Ist er ein Jude, so sagt man ihm natürlich: lasciate ogni speranza.“<sup>4</sup> Niemand widersprach.

1 Breslauer, Zurücksetzung der Juden, 5.

2 Vgl. u. a. den Pressespiegel in den Akten des preußischen Kultusministeriums, Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz (im Folgenden: GStA PK), I. HA Rep. 76 Kultusmin., Va Sekt. 1 Tit. IV, Nr. 28: Die Aufstellung einer Statistik über die Lehrer bei den Universitäten (Religion, Parität), Bd. 2.

3 Zuletzt bei: Grüttner/Kinas, „Die Vertreibung von Wissenschaftlern aus den deutschen Universitäten 1933–1945“, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 1/2007, 123–186.

4 Weber, Wissenschaft als Beruf (1917), Wiederabdruck in: Hardtwig, Studium der Geschichte, 197–227, hier 203. Über Webers Ansichten zu jüdischen Karrieren vgl. auch: Friedrich Lenger, „Wissenschaftsgeschichte und die Geschichte der Gelehrten 1890–1933: Von der his-

Sowohl die zeitgenössischen Quellen als auch die Ergebnisse späterer historischer Forschung zeichnen ein Bild, das einerseits den wissenschaftlichen Erfolg, andererseits aber die oft unüberwindbaren Schwierigkeiten jüdischer Gelehrter reflektiert, als voll anerkannte Mitglieder der akademischen Elite zu arrivieren. In welchem Verhältnis zueinander stehen aber diese beiden widersprüchlichen Tatsachen, die Anwesenheit zahlreicher als jüdisch betrachteter Wissenschaftler an Universitäten bei gleichzeitig konstatierte Aussichtslosigkeit ihrer akademischen Karrieren? Und wie sind sie miteinander zu vereinbaren? Eine Antwort auf diese Fragen wird mit der vorliegenden Untersuchung intendiert, die auf statistischer Grundlage die Berufungschancen der jüdischen Wissenschaftler an der Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin zwischen 1871 und 1933 zu analysieren beabsichtigt.

Um aber eine Diskussion der skizzierten Dichotomie überhaupt zu ermöglichen, muss der Gegenstand der Betrachtung, also der „jüdische Hochschuldozent“, überhaupt erst definiert werden. Eine eindeutige Definition des Judentums insgesamt und der als jüdisch zu bezeichnenden Personen, die für die gesamte Historiografie eine bindende Festlegung bieten würde, existiert nicht.<sup>5</sup> In der Fachliteratur wird die Kategorie der Religionszugehörigkeit zwar häufig als bindend postuliert, jedoch selten zum Maßstab genommen. So erscheinen wiederholt auch Personen, deren Bindung zum Judentum kaum oder überhaupt nicht vorhanden war, in Arbeiten über die Geschichte der deutschen Juden. Die Komplexität wird in einigen biografischen Sammelwerken deutlich: Trotz arbeitsintensiver Recherche wird die Zugehörigkeit zum Judentum oft nur aufgrund von Gerüchten und nicht fehlerfreien Angaben bestimmt.<sup>6</sup> Dies gilt auch für Wissenschaftler, die zwar jüdischer Herkunft waren, sich aber oft nicht (mehr) zum Judentum bekannten.<sup>7</sup> Die Zuweisung erfolgt zumeist aus der ex-post-Perspektive, bedingt durch

torischen Kulturwissenschaft zur Soziologie“, in: Internationales Archiv für Sozialgeschichte der deutschen Literatur 17/1992, 2. Heft, 150–180, hier 156f.

- 5 Dazu kürzlich: Eberlein, Jüdische Identität und ihre Entwicklung, v. a. 11–14. Eberlein polarisiert die Frage „Wer oder was ist ein Jude?“ auf jüdische und antisemitische Antworten und weist auf die Unterscheidung zwischen kulturellen, religiösen und nationalen Aspekten hin. Er selbst spricht von einer „jüdischen Kultur“ die im Verlauf des 19. Jh. von der „jüdischen Religion“ aber auch der christlichen Taufe unabhängig wurde, und zählt „Juden“ und „Getaufte“ als Juden, vgl. 13, 209f.
- 6 Vgl. ältere Arbeiten wie Große Jüdische Nationalbiographie; darin werden auch die nichtjüdischen Mediziner Rudolf und Hans Virchow oder die Physikerin Marie Curie als Juden geführt. Vgl. auch: Heuer/Wolf, Juden der Frankfurter Universität, wo der nichtjüdische Jurist Hans Lewald den Juden zugezählt wird. Vgl. außerdem die Liste von „Nichtjuden, die für Juden gehalten wurden“, oft nur wegen eines jüdisch klingenden Namens, in: Kaznelson, Juden im deutschen Kulturbereich, 1043–1060. Ein ähnlicher Fehler ist mir bezüglich des nichtjüdischen Historikers Eduard Meyer unterlaufen, vgl. Aleksandra Pawliczek, „Kontinuität des informellen Konsens“. Die Berufungspolitik der Universität Berlin und ihre jüdischen Dozenten im Kaiserreich und in der Weimarer Republik“, in: vom Bruch/Gerhardt/ Pawliczek, Kontinuitäten und Diskontinuitäten, 69–92, hier 75.
- 7 Vgl. z. B. Volkov, „Juden als wissenschaftliche Mandarine“, in: dies., Das jüdische Projekt der Moderne, 138–164. Vgl. auch die Familienbiografie von Strassmann, Die Strassmann. Die Mitglieder der Familie Strassmann waren nach 1850 fast ausnahmslos evangelisch getauft, dennoch spricht W. Paul Strassmann von einer „jüdischen Familie“.

die Erfahrungen der Jahre 1933–1945, ohne dass die NS-Kategorisierung des Judentums zwingend anerkannt wird. Doch erscheint es in der Tat problematisch, Personen, die wegen ihrer oder der Zugehörigkeit ihrer Eltern oder gar Großeltern zum Judentum verfolgt wurden, nicht als Juden zu berücksichtigen, denn das jüdische Moment erwies sich für ihre Biografie oft als konstitutiv. Insofern wählt die Historiografie die Außenperspektive der Identitätsfrage: Die Umwelt bestimmt die Zugehörigkeit zu einer Gruppe, die Fremdzuweisung konstruiert den Zusammenschluss von Kollektiven.<sup>8</sup>

Mit anderen Worten: Wer Jude war, bestimmten die Nichtjuden.<sup>9</sup> Deshalb forderte Arnold Paucker bereits 1976 zu Recht, „daß die Historiographie heute alle, die von der Umwelt als Juden gesehen wurden, ungeachtet der Einstellung des Einzelnen zu seinem – oder seines etwaigen Austritts aus dem Judentum, in ihre Untersuchungen einzubeziehen hat“.<sup>10</sup> Erscheint diese Forderung in vieler Hinsicht als verkürzt und durchaus problematisch, so erweist sich eine solche Definition des Judentums für bestimmte Fragestellungen als unumgänglich und geeignet. Dies gilt insbesondere dann, wenn Lebenssphären beleuchtet werden sollen, die in Deutschland zunächst per definitionem traditionell nichtjüdisch waren, und über die und den Zugang zu ihnen vor allem Nichtjuden bestimmten. Die Universitätsgeschichte bildet dafür ein exzellentes Beispiel.<sup>11</sup> Der „Eintritt der Juden in die akademischen Berufe“ erfolgte in Deutschland relativ spät und gestaltete sich schwierig, da die Zulassungskompetenz in den Händen von Nichtjuden lag und blieb.<sup>12</sup> Spätestens durch die nach 1933 erlassenen Gesetze war das Judentum nicht mehr der Wahrnehmung einzelner Personen überlassen, was dazu führte, dass einige erst durch das *Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamten-tums* vom April 1933 von ihren jüdischen Vorfahren erfuhren.<sup>13</sup>

8 Erikson, Identität und Lebenszyklus, 77: „Identität, das ist der Schnittpunkt zwischen dem, was eine Person sein will, und dem, was die Welt ihr zu sein gestattet.“ Über Eriksons jüdische Herkunft und die Identitätsforschung vgl. Niethammer, Kollektive Identität, 306ff.

9 So paraphrasiert Eberlein, Jüdische Identität und ihre Entwicklung, 13, eine „jüdische Spruchweisheit“: „Wenn Du vergißt, daß Du ein Jude bist, wird Deine Umwelt Dich daran erinnern.“

10 Paucker, „Zur Problematik einer jüdischen Abwehrstrategie in der deutschen Gesellschaft“, in: Mosse/Paucker, Juden im Wilhelminischen Deutschland, 495.

11 Gerade für Juden in der Wissenschaft haben Ulrich Charpa und Ute Deichmann die Kategorie eines „jüdischen Wissenschaftlers“ unabhängig von seiner Religion postuliert, vgl. Charpa/Deichmann, „Problems, Phenomena, Explanatory Approaches. Who is a German-Jewish Scientist?“, in: dies., Jews and Science in German Contexts, 8ff, 15. Dies., „Jews in the Sciences – Sciences and the Jews: The 19th and 20th Centuries. Introductory Remarks“, in: Jahrbuch des Simon-Dubnow-Instituts 3/2004, 149–159.

12 Vgl. die nach wie vor grundlegende Monographie von Richarz, Eintritt der Juden.

13 RGBl. I 1933, 175. Adam, Judenpolitik im Dritten Reich, 51ff, 132ff. Vgl. auch: Schulle, Das Reichssippenamt, 15: „Der überwiegende Teil der deutschen Bevölkerung hatte sich bis [1933] noch nie mit familien- bzw. sippenkundlichen Forschungen beschäftigt und ging demzufolge diesen mit beschwerlichen und unter Umständen mit aufwendigen Hindernissen gepflasterten Weg nur unwillig und zögernd, während die auskunftgebenden Pfarr- und Standesämter in der über sie hereinbrechenden Flut von Anträgen fast ersticken.“

Doch bereits während des Kaiserreichs kristallisierte sich zunehmend heraus, dass nicht nur die Religionszugehörigkeit, sondern ein Konglomerat aus biologischen und genealogischen Deutungsmustern den Aspekt der selbstdefinierten und selbstempfundenen Identität der Juden zu verdrängen begann. Durch die Entstehung und weitgehende Konsolidierung einer modernen antisemitischen Bewegung, die allerdings auf recht unterschiedliche und keineswegs nur „moderne“ Beziehungsgeflechte rekurrierte, verließ die jüdische Identität in der öffentlichen Debatte und Wahrnehmung den Kompetenzbereich eines innerjüdischen Diskurses. Zudem – und auch dies war nicht zuletzt eine Folge des anwachsenden Antisemitismus – nahm die Bereitschaft der Juden zum Glaubenswechsel nach 1871 zu.<sup>14</sup>

Eine Konversion im Verlauf des Lebenszyklus erschwert die eindeutige Einnordung in jegliche religiöse Gruppen, wenn Religion und nicht familiäre und kulturelle Herkunft als Auswahlkriterium gewählt wird.<sup>15</sup> Ein Lebenslauf kann nicht in religiöse Phasen geteilt werden, und auch ein Religionswechsel bedeutet bisweilen keinen grundsätzlichen (Lebens)Bruch, doch können auf ihn Ereignisse folgen, die die Biografie beeinflussen und lenken. Auf die jüdischen Universitätsdozenten bezogen muss natürlich die Frage gestellt werden, welche Bedeutung eine eventuelle Konversion für ihr akademisches Curriculum haben konnte. Dies kann nicht nur als Indikator für die Bedeutung des akademischen Antisemitismus im Kaiserreich und in der Weimarer Republik gedeutet werden, sondern auch als ein Indiz für dessen Existenz und den internen (Tauf)Druck, der auf Juden in der akademischen Welt ausgeübt wurde. Es muss ebenfalls in Betracht gezogen werden, dass die antisemitischen oder zumindest nichtjüdischen Zuweisungen der Identität oft eine reziproke Wirkung erzielen und zur Herausbildung einer jüdischen Identität trotz christlichen Glaubens führen konnten. Mithin begründete und stärkte das Mehrheitsempfinden ein religionsunabhängiges, eher kulturell fundiertes Zusammengehörigkeitsgefühl der Juden. Daneben blieben auch familiäre, freundschaftliche und traditionelle Bindungen über eine Konversion hinaus bestehen, die dementsprechend eine geistige oder emotionale Nähe zum Judentum kreierte.

Schließlich ist die Anwendung des religionsunabhängigen Kriteriums, das Personen jüdischer Herkunft und Kultur berücksichtigt, auch methodisch sinnvoll, beziehen doch sowohl zeitgenössische Quellen als auch historiografische Studien nicht nur die so genannten „Glaubensjuden“ in ihre Betrachtung ein. Um eine angemessene Vergleichsebene erreichen zu können, welche die bisherige Forschung ergänzen kann und einen Bezug zu ihr herzustellen vermag, muss der Terminus „jüdisch“ unabhängig vom Religionsbekenntnis operationalisiert werden. Um jedoch eine unkritische Anwendung der NS-Terminologie zu vermeiden, muss auch die tatsächliche Religionszugehörigkeit jeweils beachtet und benannt werden. Dies hat zur Folge, dass oft nicht von jüdischen, sondern von „jüdischen“ Dozen-

14 Honigmann, Austritte. Hertz, *How Jews became Germans*, geht ausschließlich auf Konversionen vor 1833 ein.

15 Erikson, *Identität und Lebenszyklus*, 55–122, verweist auf zyklische und periodische Lebensphasen; dieses Konzept kann – obwohl von Erikson so nicht ausformuliert – auch auf den Glaubenswechsel übertragen werden.

ten der Berliner Universität gesprochen werden muss, sofern die Gruppe auch getaufte und dem Judentum nicht mehr angehörende Hochschullehrer umfasst, und auch solche, die durch die NS-Gesetzgebung als „Halbjuden“ oder gar „Vierteljuden“ kategorisiert wurden. Das Problem besteht dabei in der Zuweisung des Judentums zu Personen, die sich selbst längst nicht mehr als Juden definierten und vielfach überzeugte Christen waren.

Der Widerspruch zwischen den Wahrnehmungen der „Überrepräsentierung“ bzw. „Zurücksetzung“ der Juden im akademischen Bereich und den sich daraus ergebenden zeitgenössischen Argumentationslinien, die je nach politischem und gesellschaftlichem Standpunkt eine „zu große Präsenz“ oder einen „zu geringen Einfluss“ der Juden im akademischen Leben konstatierten, wird in der historischen Forschung kaum ausdrücklich thematisiert. Die Einbeziehung der religiösen und kulturellen Komponenten in die Betrachtung einer wissenschaftlichen Biografie dient vielmehr als Folie, vor der werkimmanente und inhaltliche Aspekte diskutiert werden, oder aber ein – oft simplifizierender und manchmal apologetischer – Versuch unternommen wird, den Entstehungshintergrund und Rezeptionskontext zu erklären.<sup>16</sup> Insgesamt wird die Verbindung zwischen Judentum und Wissenschaft auf einzelbiografischer Ebene am häufigsten untersucht und kann insofern auch als Reflexion über den „Beitrag“ der Einzelnen zur Wissenschaft und Kultur gelesen werden.<sup>17</sup> Dagegen wird der Zusammenhang zwischen wissenschaftspolitischen und wissenschaftsideologischen Aspekten und ihrem Einfluss auf die Formierung akademischer Eliten und damit die Gestaltung des Spektrums der Wissenschaften seltener hergestellt; eine Ausnahme bildet hier die Emigrationsforschung.<sup>18</sup> Mithin ist eine gruppenbezogene Betrachtungsweise, welche die jüdischen bzw. nicht-mehr-jüdischen Wissenschaftler in den allgemeinen Kontext der universitären Entwicklung in Deutschland in der Zeit des Kaiserreichs und der Weimarer Republik stellt, auch als eine notwendige Ergänzung der Individualbiografie zu verstehen.

Die Rolle, welche die Gelehrten jüdischer Herkunft bzw. Religion für die Wissenschaft in Deutschland vor 1933 gespielt haben, ist zentral: Man bemüht

16 Dies gilt für zahlreiche Einzelbiografien über jüdische Gelehrte, die sich auf die Feststellung beschränken, eine Hochschulkarriere sei durch die Zugehörigkeit zum Judentum unmöglich gewesen. Vgl. beispielhaft: Eisenberg, Vom „Nervenplexus“ zur „Seelenkraft“, 13, 377. Eisenberg relativiert abschließend ihr Pauschalurteil, indem sie dem von ihr porträtierten Mediziner Louis Jacobsohn-Lask die Stellung eines fachlichen „Außenseiters“ zuweist, ebd., 376.

17 Zur Kritik an der „Beitrags“-Historiografie vgl. Lowenstein, „Der jüdische Anteil an der deutschen Kultur“, in: Meyer u. a., Deutsch-jüdische Geschichte in der Neuzeit, Band 3, 302–332.

18 Die Emigrationsforschung hat seit den 1980er Jahren eine Reihe von Publikationen hervorgebracht, die neben (einzel)biografischen Studien auch disziplingeschichtliche und lexikalische Untersuchungen umfasst, siehe v. a. Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Emigration. Außerdem: Strauss, „Wissenschaftsemigration als Forschungsproblem“, in: ders. u. a. (Hg.), Emigration der Wissenschaften nach 1933, 7–23. Vgl. Berichte zur Wissenschaftsgeschichte 7/1984, darin Möller, „Wissenschaft in der Emigration – quantitative und geographische Aspekte“, 1–9. Außerdem: Niederland, „The Emigration of Jewish Academics and Professionals from Germany in the First Years of Nazi Rule“, in: LBI Yearbook, 33/1988, 285–300; Ash/Söllner, Forced Migration; Fischer u. a., Exodus der Wissenschaften.

nicht zu Unrecht das Bild der zahlreichen „jüdischen“ Nobelpreisträger seit 1901<sup>19</sup>, die gerade in den innovativen Wissenschaftsbereichen Erfolge feierten – ein Bild, das in den 1920er und 1930er Jahren von der NS-Propaganda verunglimpft und missbraucht und auch sonst durchaus polemisch gebraucht wurde.<sup>20</sup> Als Tatsache deutet es die wichtige Position an, die „Juden“ auf vielen Gebieten der Wissenschaft eingenommen hatten, ihre fachlichen Erfolge spiegelten sich aber nicht immer in der äußeren Stellung wider, die sie einnehmen konnten, ihrem Anteil an wichtigen Positionen, welche direkte Einflussnahme auf die Formierung auch der wissenschaftlichen Inhalte versprachen. Die Inhalte mussten und wurden oft außerhalb des etablierten akademischen Systems erarbeitet und durchgesetzt.<sup>21</sup>

Betrachtet man die deutschen Universitäten vor 1910, bevor die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft (KWG) als eine zentrale außeruniversitäre Wissenschaftsinstitution gegründet wurde, so erscheint ihre Position innerhalb der Wissenschaftslandschaft beinahe monopolistisch; die Konkurrenz der Technischen und anderen Hochschulen wirkte zunächst sekundär, auch nachdem die ersteren um 1900 das Promotionsrecht erlangt hatten (die Berliner TH Charlottenburg 1899).<sup>22</sup> Selbst nach 1910 blieb diese Monopolstellung durch personelle Überschneidungen zwischen der Universität, anderen Hochschulen und den KWG-Instituten weithin bestehen. Die Bündelung fachlicher Kompetenzen in den Händen weniger Wissenschaftler machte die Universitäten noch über die politische Zäsur 1918 hinaus zum Zentrum der Wissenschaft – wenn auch nicht mehr zum Zentrum der Grundlagenforschung – und die Mitglieder der engeren Fakultäten zu höchsten Entscheidungsinstanzen über den wissenschaftlichen Kanon. Wissenschaft und Universität bildeten eine fast synonyme Einheit.

Wird die Frage nach dem Einfluss gestellt, den jüdische und nicht-mehr-jüdische Wissenschaftler innerhalb der Universität erlangen konnten, ist daran also gleichzeitig die Frage geknüpft, welchen Einfluss sie auf die Gestaltung der Forschung insgesamt nehmen konnten: Das Humboldtsche Postulat der Einheit von Forschung und Lehre galt als ideologische Grundlage bis 1933, obwohl – und vielleicht weil – es immer mehr die Idee und nicht mehr die Realität der deutschen Universitäten auszudrücken vermochte.<sup>23</sup> Im weiteren Sinne betrifft diese Frage nicht nur die jüdische Minderheit im Deutschland der Jahre 1871–1933, sondern

19 Bis 1933 befanden sich unter den 31 deutschen Nobelpreisträgern für Physik, Chemie und Medizin mindestens ein Drittel Wissenschaftler jüdischer Herkunft bzw. Religion. Vgl. Nachmansohn, *German-Jewish Pioneers*; Deichmann, *Flüchten, Mitmachen, Vergessen*.

20 Vgl. die nach 1933 unternommenen Versuche, „deutsche“ Disziplinen in Abgrenzung zu anderen modernen, als „jüdisch“ bezeichneten zu etablieren, so in Physik, Chemie oder Mathematik. Dazu Schönbeck, *Albert Einstein und Philipp Lenard*.

21 Hachtmann, *Wissenschaftsmanagement*, Bd. 1, 371ff. Schüring, *Minervas verstoßene Kinder*, 51ff; Rürup/Schüring, *Schicksale und Karrieren*.

22 Kändler, *Anpassung und Abgrenzung*.

23 Aussagestark ist bereits der Titel einer Dokumentensammlung zur Gründung der Berliner Universität: Weischedel, *Idee und Wirklichkeit einer Universität*. Die Diskussion um die Bedeutung der Humboldtschen Postulate für die Geschichte der deutschen Universitäten ist nach wie vor aktuell. Vgl. Ash, *Mythos Humboldt*; Schwinges, *Humboldt International*.

das grundsätzliche Verhältnis zwischen normativem Anspruch und tatsächlicher Umsetzung der postulierten Axiome durch handelnde Akteure, besonders im Hinblick auf Minoritäten. Als handelnde Akteure werden nicht nur Kollektive verstanden – wie die Fakultäten oder das preußische Kultusministerium, welche die Wissenschaftspolitik durch institutionalisierte personelle Auswahlverfahren bestimmten –, sondern ebenso Individuen, die durch ihr Handeln bzw. Nicht-Handeln das zentrale Geschehen an der Berliner Universität aus unterschiedlichen Motivationszusammenhängen heraus lenkten. Ein solches zentrales Ereignis bildete die Berufung eines ordentlichen Professors. Als Inhaber eines zumeist planmäßigen Lehrstuhls übte er Einfluss auf alle inhaltlichen und personellen Bereiche vor allem seines Faches aus, angefangen bei der Rekrutierung des wissenschaftlichen Nachwuchses und der aktiven Teilnahme an der Auswahl der Fakultätsmitglieder über Mitgliedschaft in universitären und außeruniversitären Gremien, Herausgabe zentraler Fachpublikationen oder Verhandlungskompetenz mit zuständigen Referenten des preußischen Kultusministeriums. Die Verbindung mehrerer Funktionen schuf beinahe eine Omnipotenz, die nicht ohne Folgen für die jeweilige Fakultät oder sogar Universität bleiben konnte. Die Berufung auf ein Ordinariat wurde und wird daher als Indikator einer erfolgreichen akademischen Karriere verstanden, nicht zuletzt wegen der daran geknüpften Entscheidungskompetenz über finanzielle, personelle und damit auch geistige Ressourcen. Je mehr Gremien und Personen an der Berufung beteiligt wurden, umso unkalkulierbarer konnte das Ergebnis der Verhandlung werden, und darin lag neben einer grundsätzlichen Erschwernis auch eine Chance, besonders im Hinblick auf angehende jüdische Hochschullehrer.

Dabei ist jedoch zu bedenken, dass ein erfolgreicher Wissenschaftler nicht zwingend gleichzeitig ein erfolgreicher Ordinarius sein musste. Lässt man dabei die persönliche oder pädagogische Befähigung und Neigung zum akademischen Lehrerberuf unbeachtet – was für Juden und Nichtjuden gleichermaßen galt – so nähert man sich zwangsweise dem Aspekt der ausschlaggebenden Kriterien, die eine Berufung ermöglichten oder verhinderten. Auch wird die Frage aufgeworfen, ob das Ordinariat mit seinen korporativen und finanziellen Privilegien den einzigen Gradmesser für Erfolg darstellte. Ein akademischer (Miss)Erfolg ist nicht zwingend mit einem wissenschaftlichen gleichzusetzen, die Rolle innerhalb der akademischen Korporation nicht zwingend an Funktionen gebunden, die den Wissenschaftsbereich erweiterten, vertieften, differenzierten und dauerhaft prägten. Um diese Beziehungsgeflechte näher zu beleuchten, erscheint die Berliner Universität in der Zeit von 1871 bis 1933 als Modell besonders geeignet, sowohl in quantitativer als auch in qualitativer Hinsicht. Zum einen waren an keiner anderen preußischen Universität jener Zeit vergleichbar viele „jüdische“ Dozenten tätig, worauf die Emigrationsforschung wiederholt hingewiesen hat. Zum anderen wurde hier ausdrücklich ein ideell begründeter, grundsätzlich freier Zugang zur Wissenschaft postuliert, der auf religiöse und andere soziokulturelle Momente keine Rücksicht nahm. So können die Mechanismen hinter der akademischen – und damit wissenschaftlichen – Auslese an der damals geltenden normativen Forderung Wilhelm von Humboldts nach freier Wissenschaft gemessen und kann darü-

ber hinaus das Spektrum der akademischen Curricula abgesteckt werden. Bereits die Ministerial- und Fakultätsakten gewähren einen tiefen Einblick in das Habilitations-, Beförderungs- und Berufungsgeschehen und dessen Mechanismen und Praktiken. Andererseits bleibt die inoffizielle Sphäre des universitären Alltags aus Quellenmangel im Schatten. Die Ergebnisse der Berufungsverhandlungen aus der Sicht der Fakultäten wie auch des Kultusministeriums sind in deren Akten dokumentiert. Die schriftlich nicht festgehaltenen Standpunkte, Konzepte, Telefon- und Privatgespräche dagegen sind nur selten rekonstruierbar. Sie können lediglich durch Erinnerungsbände, Autobiografien, sowie persönliche und private wie auch semiprivat Korrespondenzen ergänzt werden, mit allen Einschränkungen, die diese Art von Quellen impliziert.

Unabhängig voneinander sind die Gebiete der Universitätsgeschichte wie auch der deutsch-jüdischen Beziehungen intensiv bearbeitet worden, doch es liegen nur wenige Arbeiten vor, die eine Verbindung beider Gebiete explizit vornehmen. Der Bereich der Wissenschaft bildet meist einen Teil größerer Analysen zur deutsch-jüdischen Geschichte und fällt dementsprechend nur knapp aus.<sup>24</sup>

Die Literatur zum historischen Komplex der jüdisch-nichtjüdischen Beziehungen, in der die sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklungen der jüdischen Minderheit, aber auch ihr Verhältnis zur nichtjüdischen Umwelt thematisiert werden, ist äußerst umfangreich. Dabei werden ältere Arbeiten wie die von Werner E. Mosse und Arnold Paucker kontinuierlich durch neuere Studien ergänzt.<sup>25</sup> Daneben ist die Forschung über den Antisemitismus in Deutschland angewachsen, die teilweise als eigenständiger Zweig der Sozialgeschichte unter mentalitätshistorischen, kommunikationstheoretischen oder psychologischen Gesichtspunkten betrieben wird. Bereits 1979 erklärte der ausgewiesene Antisemitismusforscher Reinhard Rürup, dass die Literatur über dieses Phänomen „kaum noch zu überschauen“ sei, und diese Entwicklung hat sich bis heute noch verstärkt.<sup>26</sup> Auf der anderen Seite ist auch die Wissenschafts- und Universitätsgeschichte durch wissenschaftssoziologische, disziplingeschichtliche oder biografische Zugangsmodelle bereichert worden. Neben intellektuellen Biografien wird auch die Geschichte einzelner Universitäten und anderer wissenschaftlicher Institutionen als Teil eines historischen Aufarbeitungsprozesses einerseits sowie im Hin-

24 Vgl. z. B. Wenge, *Integration und Ausgrenzung*, 206–235; Surall, *Juden und Christen*, darin der Abschnitt „Antijudaismus als religiöse Intoleranz im Wilhelminischen Deutschland“, 43–50. Dagegen widmen sich die Beiträge in Wendehorst, *Bausteine einer jüdischen Geschichte*, ausdrücklich, wenn auch zuweilen schematisch, der Situation von Juden an der Leipziger Alma Mater.

25 Vgl. Mosse, *Deutsches Judentum*; ders., *Entscheidungsjahr 1932*; Mosse/Paucker, *Juden im Wilhelminischen Deutschland*; Meyer u. a., *Deutsch-jüdische Geschichte in der Neuzeit*, 4 Bde. Für die Arbeiten bis 1992: Maurer, *Entwicklung der jüdischen Minderheit*. Weitere Titel in der Literaturliste im Anhang.

26 Rürup, „Bibliographie zur Geschichte der ‚Judenfrage‘, der Emanzipation und des Antisemitismus“, in: ders., *Emanzipation und Antisemitismus*, 237ff, führt 500 Titel bis 1974 an. Eine gute Übersicht über die Antisemitismus-Forschung gibt Pulzer, „Third Thoughts on German and Austrian Anti-Semitism“, in: *Journal of Modern Jewish Studies* 2/2005, 137–178.

blick auf bevorstehende Jubiläen andererseits verstanden und bearbeitet. Die universitäts- und wissenschaftshistorischen Arbeiten berühren zentrale Punkte der Wissenschaftspolitik und Wissenschaftsentwicklung in Deutschland in der Untersuchungszeit und damit auch die Entwicklungen an der Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin vor 1933, nicht zuletzt durch die bereits angesprochenen personellen Überschneidungen.<sup>27</sup> Zur Geschichte der Berliner Universität bleibt vorerst die umfangreiche Arbeit des Berliner Historikers Max Lenz aus den Jahren 1910–1918 trotz ihres oft hagiografischen Charakters die einzige relevante Studie über die institutionelle und personelle Entwicklung in der Zeit bis 1871.<sup>28</sup> Eine neue Institutionsgeschichte wird demnächst erscheinen.<sup>29</sup>

Indes kann auf eine ganze Reihe von Untersuchungen rekuriert werden, die auf die Entwicklung einzelner Disziplinen, speziell auch in Berlin, fokussieren und ein facettenreiches Bild der wissenschaftlichen und wissenschaftspolitischen Interdependenzen des Ausdifferenzierungsprozesses zeichnen, welche den Charakter der Berliner Hochschule prägten und veränderten. Sie reflektieren auch *en detail* die personellen Zusammenhänge des akademischen Alltags und seiner Determinanten. Hinzu kommen einzel- und kollektivbiografische Arbeiten, die als notwendige Ergänzung der Quellenergebnisse herangezogen werden können. Sie ermöglichen die genauere Betrachtung Einzelner in der Gruppe der „jüdischen“ Gelehrten an der Berliner Universität: Neben Biografien wissenschaftlicher Hauptakteure<sup>30</sup> liegen inzwischen auch Biografien weniger zentraler und prominenter Figuren vor.<sup>31</sup> Zumeist rekurren die Autoren dieser Studien auf das allgemein postulierte Axiom der Benachteiligung jüdischer Gelehrter im universitären Betrieb, das nicht differenziert wird. Die Gruppe jüdischer Wissenschaftler erscheint andererseits vor allem als eine besondere Nebenerscheinung größerer Zusammenhänge, die in Artikeln und Unterkapiteln abgehandelt wird.<sup>32</sup> Ähnlich

27 Zentral für diesen Aspekt: Baumgarten, Professoren und Universitäten; Paletschek, Die permanente Erfindung einer Tradition. Weitere Titel in der Literaturliste im Anhang.

28 Lenz, Geschichte der Friedrich-Wilhelms-Universität.

29 Demnächst: Wagner, Zur Sozialgeschichte der ordentlichen Professoren der Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin (Diss. phil. 2009). Im Hinblick auf das 200jährige Jubiläum der Humboldt-Universität zu Berlin wird ihre Geschichte von den Professoren Rüdiger vom Bruch, Heinz-Elmar Tenorth, Charles McClelland und Michael Grüttner neu verfasst.

30 Vgl. unter den zahlreichen Arbeiten: Szöllösi-Janze, Fritz Haber; Schröder, Eduard Norden; Immel, Hugo Preuß; Eckel, Hans Rothfels. Biografische Annäherungen werden zudem oft in Form von Sammelbänden veröffentlicht, vgl. Gunter/Hauser, Ernst Herzfeld.

31 Hier z. B.: Eisenberg, Vom „Nervenplexus“ zur „Seelenkraft“; Vogt, Vom Hintereingang zum Hauptportal?; Prellwitz, Jüdisches Erbe; Mennel/Holdorff/Bewermeyer/Bewermeyer, Hermann Oppenheim; Wannack, Hermann Dessau; Lohff/Conrads, From Berlin to New York; Keßler, Arthur Rosenberg.

32 Ulrich Sieg, „Bekanntnis zu nationalen und universalen Werten. Jüdische Philosophen im Deutschen Kaiserreich“, in: Historische Zeitschrift 263/1996, 609–639; ders., „Der Preis des Bildungsstrebens: Jüdische Geisteswissenschaftler im Kaiserreich“, in: Gotzmann/Liedtke/van Rahden, Juden, Bürger, Deutsche, 67–95. Vgl. auch: Huerkamp, „Jüdische Akademikerinnen in Deutschland“, in: Geschichte und Gesellschaft 19/1993, 311–331; Oberling, „Gelehrte aus jüdischen Familien an der Universität Greifswald im 19. Jahrhundert“, in: Buch-

kurz fallen die Kommentare aus, wenn jüdische Gelehrte nicht als ein besonderes Kollektiv wahrgenommen werden, was durchaus zu fruchtbaren Ergebnissen führen kann. Einem solchen Konzept liegt die eindeutige Betonung der Einbindung sowohl jüdischer als auch nichtjüdischer Gelehrter in das gesamte wissenschafts-universitäre Milieu zugrunde.<sup>33</sup>

Bei der Frage nach akademischer Chancenverteilung unter konfessionellen Parametern war die zeitgenössische Öffentlichkeit des Kaiserreichs und der Weimarer Republik vornehmlich auf die katholisch-protestantische Differenz fixiert, da der *Kulturkampf* dieses Thema zu einem äußerst heiklen Sujet hatte werden lassen.<sup>34</sup> Doch haben andere gesellschaftliche Entwicklungen – allen voran die Neuformierung und Intensivierung der antisemitischen Bewegung – wiederholt dazu geführt, dass auch das jüdisch-nichtjüdische Verhältnis an deutschen Universitäten diskutiert wurde. Dem dominierenden Bild der „Überrepräsentierung“ der Juden an deutschen Universitäten waren die ministeriellen Untersuchungen der konfessionellen Verhältnisse an preußischen Hochschulen 1890 und 1919 zu verdanken, welche es allerdings keineswegs bestätigten.<sup>35</sup> Gegen dieses Bild opponierte auch der Jurist Breslauer, der im Auftrag des *Verbands der Deutschen Juden* die „Zurücksetzung der Juden an den Universitäten Deutschlands“ dokumentierte und ein zuverlässiges Bild der allgemeinen religiösen Verhältnisse an deutschen Universitäten des Kaiserreichs zeichnete.<sup>36</sup> Spezifische Untersuchungen über diese Problematik an einzelnen deutschen Universitäten liegen vereinzelt vor und umfassen sowohl Quellenpublikationen, welche statistische Befunde liefern<sup>37</sup>, als auch Einzelstudien, die auf Länder bzw. Universitäten beschränkt sind. Sie bieten neben quantitativen Ergebnissen eine Fülle von biografischen Daten, die eine erste Annäherung an den Gegenstand ermöglichen. Im Fokus der Untersuchungen befinden sich jedoch oft nur die ordentlichen Professoren.<sup>38</sup> Außerdem

holz, Universität Greifswald, 145–169; Volkov, Soziale Ursachen des Erfolgs in der Wissenschaft, und Baumgarten, Professoren und Universitäten, 116–119 und 143–145.

33 Vgl. z. B.: Gerhardt/Mehring/Rindert, Berliner Geist. Die Autoren widmen sich allerdings nicht religiösen oder kulturellen Fragen der wissenschaftlichen Sozialisation.

34 Ein Ausdruck dafür ist die 1901 erschienene Studie von Lossen, Anteil der Katholiken. Darin kontrastierte Lossen die Verhältnisse zwischen Katholiken und Protestanten, aber auch Juden, um die Benachteiligung der katholischen Gelehrten schließlich zu widerlegen. Zum Kulturkampf allgemein: Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte, Bd. 4, 645–745, 777–804.

35 Zu finden im GStA PK, I. HA Rep. 76 Kultusmin., Tit. IV Nr. 28.

36 Breslauer, Zurücksetzung der Juden. Dies bestätigt Kampe, „Jüdische Professoren im Deutschen Kaiserreich. Zu einer vergessenen Enquete Bernhard Breslauer“, in: Erb/Schmidt, Antisemitismus und jüdische Geschichte, 185–211. Man kann inzwischen nicht mehr davon sprechen, dass die Breslauerische Untersuchung „vergessen“ sei. Sie dient wiederholt als Grundlage für die Erforschung des Verhältnisses zwischen Juden und Nichtjuden an deutschen Universitäten.

37 Ebert, Jüdische Hochschullehrer.

38 Breisach, Jüdische Universitätsprofessoren; Wendehorst, Bausteine einer jüdischen Geschichte; Paletschek, Die permanente Erfindung einer Tradition, 315f.; Oberling, Gelehrte aus jüdischen Familien; Hammerstein, Johann Wolfgang Goethe-Universität; Heuer/Wolf, Juden der Frankfurter Universität; Eckart/Sellin/Wolgast, Universität Heidelberg. Vgl. auch: Schicksale: Jüdische Gelehrte an der Universität Freiburg.

hat auch die Emigrationsforschung sowohl in prosopografischer als auch biographischer Hinsicht ergebnisreiche Studien hervorgebracht. Sie operiert aus der aposteriorischen Perspektive und hilft dabei, die Schicksale der jüdischen Wissenschaftler und ihrer Forschung nach dem Ende ihrer universitären Tätigkeit in Deutschland zu rekonstruieren. Gleichzeitig bietet sie aber Einsichten in die Zeit vor dem Beginn der NS-Herrschaft.<sup>39</sup> Gerade die Ereignisse an der Berliner Universität 1933, vor allem die Vertreibung der „nichtarischen“ Professoren und Studenten sind weitgehend erforscht.<sup>40</sup> Dies erlaubt eine Rekonstruktion der Verhältnisse vor der Zäsur des Jahres 1933, erzeugt aber ein Bild, in dem der Hochschulantisemitismus dominiert, wie er nach dem Beginn der NS-Herrschaft zweifelsohne auch in Berlin dominant war.<sup>41</sup>

Um die verschiedenen Forschungsgebiete in einer Synthese zusammenzuführen, d. h. die Wissenschafts- und Universitätsgeschichte mit Ergebnissen der Forschung zu deutsch-jüdischen Beziehungen zu verknüpfen, sollen sozialstatistische und qualitätsanalytische Methoden kombiniert werden. Die Grundlage der ersten bilden umfangreiche Datenbanken, die anhand von gedruckten und ungedruckten Quellen erstellt wurden. Als Grundlage für die Erstellung der verschiedenen Samples diente zum einen das von Johannes Asen publizierte Gesamtverzeichnis des Berliner Lehrkörpers<sup>42</sup>, ergänzt durch die gedruckten Verzeichnisse des Personals der Universität, die für jedes Semester veröffentlicht wurden, und die publizierten Universitätskalender, andererseits die nicht gedruckten *Personal-*

39 Interessant hier z. B.: Ash, Innovation, Ethnizität, Identität. Vgl. auch einzelne Beiträge in den Berichten zur Wissenschaftsgeschichte 1984, Heft 1–4, welche sich dem Thema widmen: „Vor fünfzig Jahren: Emigration und Immigration von Wissenschaft“, sowie den erwähnten Aufsatz von Grüttner/Kinas, Vertreibung von Wissenschaftlern.

40 Grüttner/Kinas, Vertreibung von Wissenschaftlern; Jarausch, „Die Vertreibung der jüdischen Studenten und Professoren von der Berliner Universität unter dem NS-Regime“, in: Jahrbuch für Universitätsgeschichte 1/1998, 112–133; Treß, Wider den undeutschen Geist.

41 Jasch, „Das preußische Kultusministerium und die ‚Ausschaltung‘ von ‚nichtarischen‘ und politisch mißliebigen Professoren an der Berliner Universität in den Jahren 1933 bis 1934 aufgrund des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7. April 1933“, zu finden unter: forum historiae iuris, die erste europäische Internetzeitschrift für Rechtsgeschichte, Artikel vom 25 August 2005, <http://www.forhistiur.de/zitat/0508jasch.htm>. Für die Medizinische Fakultät in Berlin vgl. „Die 1933–1935 entlassenen Hochschullehrer der Medizin in Berlin“, in: Fischer, Exodus der Wissenschaften, 615–626. Außerdem: Gerstengarbe, „Die erste Entlassungswelle von Hochschullehrern deutscher Hochschulen aufgrund des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7.4.1933“, in: Berichte zur Wissenschaftsgeschichte 17/1994, 17–39. Der Blick auf die Universität und ihre „jüdischen“ Dozenten aus dieser Perspektive ist jedoch nicht nur der Emigrationsforschung vorbehalten. Eine zentrale Studie über „Antisemitismus und deutsche Universitäten“ im Kaiserreich stammt von Notker Hammerstein. Er zeichnet ein quellenreiches, konzises Bild der antisemitischen Vorurteile im Universitätsmilieu vor allem des Kaiserreichs, ergänzt dieses allerdings durch einen relativierenden Vergleich mit dem zur gleichen Zeit stark verbreiteten Antikatholizismus.

42 Asen, Gesamtverzeichnis des Lehrkörpers.

*nachweisungen der Lehrer und Beamten bei der Universität zu Berlin.*<sup>43</sup> Daneben wurden Angaben aus bio-bibliografischen Werken verwendet, die auch bei der Bestimmung der Konfession und Herkunft als Hilfe dienen.<sup>44</sup> Eine weitere Quellengrundlage bot zudem die *Aufstellung einer Statistik über die Lehrer bei den Universitäten* sowie die erhalten gebliebenen Personalakten einzelner Universitätsdozenten.<sup>45</sup> Die statistische Untersuchung liefert die Basis für die Betrachtung der Verhältnisse innerhalb des Lehrkörpers der Berliner Universität, der Statusgruppen und Fakultäten, unter Berücksichtigung der Konfession bzw. Herkunft. Es wird Fragen nach der Zahl der Wissenschaftler mit jüdischem Hintergrund zu verschiedenen Zeiten und in verschiedenen Fakultäten der Berliner Universität systematisch nachgegangen: Welche Positionen konnten sie erreichen, welche nicht? Welche Unterschiede gab es zwischen den einzelnen Fakultäten und zwischen den Fächern? Des Weiteren werden Aussagen über die Zusammensetzung des Lehrkörpers der Universität und der einzelnen Fakultäten unter dem Aspekt des Habilitationsrechts und des Vorschlagsrechts für die Besetzung planmäßiger Stellen formuliert, über das die Fakultäten jeweils verfügten: Wie, mit jeweils welchen Zielen und welchem Erfolg haben die Fakultäten ihre Rechte genutzt?

Eine Gruppe, die lediglich durch das Kriterium der Religion bzw. Herkunft verbunden wird, ist ein methodisches Hilfskonstrukt. Innerhalb dieser so konstruierten Gruppe ist das Spektrum biografischer Unterschiede außerordentlich groß. Dennoch kann die Bündelung einer Anzahl von Einzelbiografien zu einer Kollektivbiografie methodisch in zweifacher Hinsicht die Erkenntnis erleichtern: Zum einen ermöglicht sie eine Typisierung im Sinne von Normalbetrachtung der allgemeinen gesellschaftlichen Entwicklungen; zum anderen erlaubt sie auch den Bezug auf das Untypische und Individuelle eines Lebenslaufs.<sup>46</sup> Insofern erlaubt die Methode der Kollektiv- oder Sammelbiografie, den Normalfall als analytisches Mittel zu verwenden, um einerseits die Typisierung des Individuellen, andererseits aber die Individualisierung des Typischen zu erreichen.<sup>47</sup> Sie fragt zunächst nach Handlungsmotivationen und Interessenlagen, welche durch konkretisierenden Vergleich überprüft werden. Diese Methode, welcher der britische Elitenforscher Lawrence Stone bereits in den 1970er Jahren bescheinigt hatte, das nicht fehlerfreie Anfangsstadium der Theoriebildung verlassen zu haben<sup>48</sup>, hat

43 Amtliches Verzeichnis des Personals und der Studirenden, Berlin 1870ff; Deutscher Universitätskalender, 1871–1936/37; GStA PK, I. HA Rep. 76 Kultusmin., Va Sekt. 2 Tit. IV, Nr. 59: Die Personalnachweisungen der Lehrer und Beamten bei der Universität zu Berlin.

44 Einzelne Titel in der Bibliografie im Anhang.

45 GStA PK, I. HA Rep. 76 Kultusmin., Va Sekt. 1 Tit. IV Nr. 28. Archiv der Humboldt-Universität zu Berlin (im Folgenden: HUB UA), Bestand Universitätskurator (UK), Personalakten der Königlichen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin.

46 Schröder, „Kollektive Biographien in der historischen Sozialforschung: Eine Einführung“, in: ders., *Lebenslauf und Gesellschaft*, 9.

47 Gallus, „Biographik und Zeitgeschichte“, in: APuZ, Heft 1–2/2005, 40–46, hier 46.

48 Stone, „Prosopographie – englische Erfahrungen“, in: Jaraus, *Quantifizierung in der Geschichtswissenschaft*, 64–97, hier 89. Als Beispiel für die angewandte prosopografische Methode kann die Arbeit von Baumgarten, *Professoren und Universitäten*, genannt werden, sowie für die NS-Forschung: Wildt, *Generation des Unbedingten*.

sich in der sozialhistorischen Forschung weitgehend durchgesetzt; idealtypisch verbindet sie qualitative und quantitative Fragestellungen zu einer Synthese, welche neben prosopografisch gewonnenen und interpretierten Daten anhand von Fallstudien Entwicklungszusammenhänge exemplifiziert. Stone benutzt die Begriffe der Prosopografie, Kollektiv- oder Sammelbiografie synonym: Prosopografie bezeichnet nach seiner Definition „die Untersuchung der allgemeinen Merkmale des Werdegangs einer Gruppe von handelnden Personen der Geschichte durch ein zusammenfassendes Studium ihrer Lebensläufe.“<sup>49</sup> In der vorliegenden Studie werden biografische Daten vornehmlich über die akademischen Karrierestufen zusammengetragen – Promotion, Habilitation sowie weitere Schritte in der universitären Hierarchie – und unter verschiedenen Gesichtspunkten und Fragestellungen betrachtet. Bildet die akademische Sozialisation damit die zentrale Untersuchungsgröße, so wird sie gleichzeitig nach einigen sie individuell strukturierenden Motivationsmomenten aufgeschlüsselt. Institutionelle Rahmenbedingungen, organisatorische und mentale Imponderabilien und politische Konstellationen müssen dabei in das Gesamtbild integriert werden, denn „menschliches Handeln lässt sich schließlich kaum auf eine einzige Triebfeder zurückführen, sondern unterliegt unterschiedlichen und wechselseitigen Einflüssen, die selbst der Individualbiograf für den einzelnen Protagonisten nicht immer erfolgreich entwirren kann.“<sup>50</sup> Die Biografien einzelner Wissenschaftler werden in diesem Sinne in ihrer Einmaligkeit reflektiert und als individuelles Korrektiv des Typischen betrachtet, wobei sich die Darstellung auf wenige exemplarische Schilderungen beschränken muss, um nicht nur eine „Summe von Einzelbiographien“ zu werden.<sup>51</sup>

Die Kombination der kollektivbiografischen Methode mit der Institutions- und politischen Geschichte, der Geschichte einzelner Disziplinen und der Individualbiografie verspricht Antworten auf Fragen nach Strategien von Juden und Nichtjuden bei der Etablierung und Konsolidierung ihrer Position innerhalb der jeweils unterschiedlich definierten Wissenschaftlergruppen. Sie konnten auf rechtlich und konstitutionell objektivierte Größen rekurrieren, die jedoch subjektive Unterschiede zwischen den wissenschaftlichen Curricula der Juden und der Nichtjuden, bzw. der Juden, der Getauften, der Katholiken und der Protestanten nicht ausschlossen. Ihre Situation war in politischer, organisatorischer und fachlicher bzw. disziplinspezifischer Hinsicht durchaus unterschiedlich zu bewerten, je nach Vermischung und Dominanz konkreter biografischer Momente.

Einen zweiten Hauptteil der Untersuchung bildet die Analyse der rhetorisch-diskursiven Mittel, welche das Berufungsgeschehen in Berlin definierten und diktierten. Damit ist vordergründig das Selbstbild und Selbstverständnis des Berliner Lehrkörpers gemeint, vor allem der Professoren in der Selbstwahrnehmung ihrer Rolle und gesellschaftlicher Position. Als Basis für diese Annäherung dient das

49 Stone, Prosopographie, 64.

50 Gallus, Biographik und Zeitgeschichte, 46.

51 Szöllösi-Janze, Lebens-Geschichte – Wissenschafts-Geschichte, 30. Vgl. auch Vogt, Vom Hintereingang zum Hauptportal?, und Weber, Priester der Klio.

Quellenkorpus des Ministeriums der geistlichen, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten bis 1918, später des Ministeriums für Unterricht, Kunst und Wissenschaft (nachfolgend als *Kultusministerium* abgekürzt), bezüglich der *Anstellung und Besoldung der ordentlichen und außerordentlichen Professoren* sowie der *Privatdozenten* der einzelnen Berliner Fakultäten zwischen 1871 und 1933.<sup>52</sup> Dieser umfangreiche Bestand, der die Korrespondenz des Kultusministeriums mit der Universität und den einzelnen Fakultäten über Habilitations- und Berufungsangelegenheiten enthält, ist systematisch (noch) nicht ausgewertet worden.<sup>53</sup>

Bei dieser Analyse findet das soziologische Konzept des „Habitus“ von Pierre Bourdieu Anwendung.<sup>54</sup> Der Habitus als ein bewusst und unbewusst verinnerlichter Kodex diktiert das Verhalten von sozialen Gruppen, „Klassen und Klassenfraktionen“, auch „Berufsgruppen“. Das Handeln steht in Abhängigkeit zu den „strukturierenden“ Merkmalen der Biografie, wie familiärer Herkunft und der damit verbundenen gesellschaftlichen Position, und den „strukturierten und strukturierenden“ Eigenschaften des Individuums, die ein System von Bewertungs- und Wahrnehmungskriterien erzeugen.<sup>55</sup> Das habituelle Verhalten ist determiniert durch die inneren Ansprüche der jeweiligen Position im „sozialen Raum“ und die äußeren Rahmenbedingungen, die sich aus gesellschaftlichen und politischen Konstellationen ergeben. Das von diesen Determinanten diktierte Verhalten erzeugt und klassifiziert einen bestimmten „Lebensstil“, der die Position des Einzelnen innerhalb der Gesellschaft festigt und sie immer wieder neu definiert. Denn der Habitus ist kein statisches Orientierungssystem, sondern ein generierendes Prinzip, das flexibel und hoch anpassungsfähig ist: Er ist verinnerlichte, inkorporierte soziale Erfahrung, die auf den Einzelnen identitätsstiftend und identitätswahrend wirkt und dadurch ein kollektives Handeln kreiert. Nicht nur ist der Habitus ein Ergebnis der sozio-kulturellen Position und politischer Strukturen, sondern gleichzeitig ein konkretisierendes Distinktionssystem innerhalb der Gesell-

52 GStA PK, I. HA Rep 76 Va, Preußische Universitäten, Sekt. 1: Generalia; Sekt. 2 Tit. IV: Universität Berlin. Nr. 45–45 Adhib. A bezieht sich auf ordentliche und außerordentliche Professoren, Nr. 49 auf Privatdozenten der Juristischen Fakultät; Nr. 46 und 46 Adhib. C auf ordentliche und außerordentliche Professoren, Nr. 50 die Privatdozenten der Medizinischen Fakultät; Nr. 47, 61, 68 (A–F) auf ordentliche und außerordentliche Professoren, Nr. 51 auf Privatdozenten der Philosophischen Fakultät.

53 Vgl. Quellen zu Geschichte der Juden, Bd. 5. Über die Aktengruppe Rep 76 V des Kultusministeriums heißt es dort, 14: „Diese Akten sind nach Namen geordnet und bei Kenntnis der Namen von jüdischen (oder zum Christentum konvertierten) Wissenschaftlern auswertbar. Die chronologisch geordneten Bandreihen dieser Akten werden im Folgenden ohne weitere Hinweise wiedergegeben.“

54 Zuletzt verwies auf die Gültigkeit und Operationalisierbarkeit des zunächst „trivial anmutenden“ Bourdieuschen Theorieansatzes Rüdiger Hachtmann, der ihn für die Untersuchung der Handlungen zentraler Akteure der KWG fruchtbar machte. Vgl. Hachtmann, Wissenschaftsmanagement, 34–37. Vgl. auch Etzemüller, „Die Form der ‚Biographie‘ als Modus der Geschichtsschreibung. Überlegungen zum Thema Biographie und Nationalsozialismus“, in: Ruck/Pohl, Regionen im Nationalsozialismus, 71–90, v. a. 80–82; sowie Daniel, Kompendium Kulturgeschichte, 179–194.

55 Bourdieu, Die feinen Unterschiede, 279, 280.

schaft. Damit strukturiert er die Gesellschaft selbst, wie er von ihr strukturiert wird. Durch schulische Sozialisation und die Position innerhalb des sozialen Raumes werden Unterschiede einzelner Lebensstile geschaffen, d. h. es findet eine Statuszuweisung innerhalb des sozialen Gefüges statt, die sich durch Schaffung und Vermittlung eines Bildes der jeweiligen Position und des jeweiligen Lebensstils vollzieht. Diese kollektive Zuweisung schafft erst die Position und ihren Status.<sup>56</sup> Da sich der Habitus während der (akademischen) Sozialisation ausbildet, verinnerlicht er die kulturellen (und gelehrten) Regeln des Personenkollektivs, dem der einzelne seinen (wissenschaftlichen) Aufstieg verdankt.<sup>57</sup> Überträgt man nun diese Erkenntnisse auf die akademische Praxis, so kann man mit Bourdieu annehmen, dass in einem über die akademische Sozialisationspraxis integrierten Kollektiv (Lehrkörper) ein impliziter Konsens existiert, welche (kulturellen) Praktiken und damit welche Habitusformen als geltend betrachtet werden. In diesem Sinne sind *alle* verinnerlichten und anerkannten Komponenten des Verhaltenskodex<sup>7</sup> – mitunter auch der Antisemitismus – konstitutiv für die Positionierung der einzelnen Mitglieder der Gruppe, die seit ihrem Studium umfassend „habitualisiert“ – mit anderen Worten: konditioniert – wurden und nun eine Position zugewiesen bekommen haben, an die bestimmte Vorstellungen und Praktiken gekoppelt sind. Um die Spannung zwischen der Zahl der jüdischen Hochschullehrer und dem vielfach affirmierten universitären Antisemitismus darzustellen und vor allem zu erklären, bietet der „Habitus“-Ansatz ein theoretisch-methodisches Mittel zur Operationalisierung. Denn der verinnerlichte Habitus als System dauerhafter, obschon wandelbarer Dispositionen prägt sowohl die Einschätzung von Chancen als auch die Praktiken der Individuen – hier der „akademischen Menschen“.

#### Juden in der deutschen Gesellschaft des Kaiserreichs und der Weimarer Republik: Eine Einführung

Für die vorliegende Untersuchung sind einige der von der Forschung zur deutsch-jüdischen Geschichte ausführlich erarbeiteten historischen Kernpunkte von zentraler Bedeutung. Zum einen spielt für die Betrachtung der jüdischen Dozenten an der Berliner Universität die Tatsache der *Urbanisierung* der Juden im Verlauf des 19. Jahrhunderts eine wichtige Rolle. Darüber hinaus ist die *Akkulturation* der deutschen Juden an ihre nichtjüdische Umwelt eine für beide Seiten folgenreiche Entwicklung gewesen. Schließlich bildet die damit einhergehende *Verbürgerlichung und Akademisierung* einer großen Zahl von ihnen innerhalb der gesellschaftlichen Sozialhierarchie eine bedeutende Größe.<sup>58</sup>

56 Ebd., 53.

57 Vgl. in diesem Zusammenhang: Brenner, „Habilitation als Sozialisation“, in: ders., *Kultur als Wissenschaft*, 165–197; Baumgart, „Sozialisation als Habitualisierung der Rollen“, in: ders., *Theorien der Sozialisation*, 199–205.

58 Es ist an dieser Stelle keine erschöpfende Diskussion der einzelnen Aspekte beabsichtigt, und die Darstellung muss schematisch bleiben. Sie soll lediglich einen kurzen Abriss über die Problematik der jüdisch-nichtjüdischen Beziehungen in der Untersuchungszeit bieten und ba-

Die 1871 erreichte politische Einheit der (klein)deutschen Länder, die eine zunehmende Vereinheitlichung der Gesetzgebung bedeutete, führte langfristig zur Beseitigung eines überwiegenden Teils der regionalen Unterschiede der rechtlichen Stellung der Juden. Mit ihr war nun ein Stadium erreicht, in dem den Juden in Deutschland als Bürgern und als Angehörigen einer konfessionellen Minderheit eine gleichberechtigte Stellung in der Gesellschaft garantiert wurde. Daraus ergaben sich Veränderungen ihrer soziokulturellen und ihrer ökonomischen Lage.

Die preußische Emanzipationsgesetzgebung hatte weitgehend die politische Integration der preußischen Juden in Gemeinde und Staat bewirkt und ihre religiöse und kulturelle Entwicklung und nicht zuletzt ihr demografisches Verhalten beeinflusst. Die nun nicht mehr eingeschränkte Wachstumsrate der jüdischen Bevölkerung überstieg mit 74% in den Jahren 1820–1871 sogar die der Gesamtbevölkerung, welche bei 63% lag. Im Jahr 1871 lebten im Deutschen Reich etwa 512000 Juden, die ca. 1,2% der Bevölkerung ausmachten. Zwei Drittel von ihnen wohnten in Preußen.<sup>59</sup> Nach 1871 begann dieses Wachstum zu stagnieren und umzuschlagen: Ein anhaltender Geburtenrückgang wurde diagnostiziert. Zwischen den Volkszählungen 1871 und 1910 wuchs die Gesamtbevölkerung um etwa 58%, die jüdische aber nur um etwa 20%. Damit sank der jüdische Anteil an den Bewohnern des Deutschen Reiches auf unter 1%. Nach dem Ersten Weltkrieg lebten in den durch den Friedensvertrag bestimmten deutschen Grenzen etwa 550000 Juden, die nur noch ca. 0,9% der gesamten Gesellschaft ausmachten; bis 1933 ging dieser Anteil auf 0,77% zurück.<sup>60</sup>

Die durch Gewährung der Freizügigkeit ermöglichte Binnenwanderung setzte nach 1871 schnell ein, und trug zur Urbanisierung der jüdischen Minderheit bei. In Posen, Schlesien und Elsass-Lothringen ging die Zahl der Juden stark zurück, dagegen stieg sie in Großstädten wie Berlin oder Frankfurt a. M. und auch im Ruhrgebiet stark an.<sup>61</sup> 1871 wohnten in Berlin etwa 40000 Juden. Das bedeutete

siert, sofern nicht anders angegeben, auf nachstehenden Arbeiten: Meyer u. a., *Deutsch-jüdische Geschichte in der Neuzeit*, Bd. 2–4; Volkov, *Juden in Deutschland 1780–1918*; Zimmermann, *Die deutschen Juden*; Toury, *Soziale und politische Geschichte der Juden*; Richarz, *Bürger auf Widerruf*; dies., *Jüdisches Leben in Deutschland*, Bd. 2, darin die Einführung, 7–62; dies., *Eintritt der Juden in die akademischen Berufe*; Hamburger, *Juden im öffentlichen Leben Deutschlands*.

59 Volkov, „Die Verbürgerlichung der Juden in Deutschland als Paradigma“, in: dies., *Antisemitismus als kultureller Code*, 125ff; Richarz, *Bürger auf Widerruf*, 16ff; Lässig, *Jüdische Wege ins Bürgertum*.

60 Richarz, „Die Entwicklung der jüdischen Bevölkerung“, in: Meyer u. a., *Deutsch-jüdische Geschichte in der Neuzeit*, Bd. 3, 13–38, hier 31. Barkai, „Bevölkerungsrückgang und wirtschaftliche Stagnation“, in: Meyer u. a., *Deutsch-jüdische Geschichte in der Neuzeit*, Bd. 4, 37–49, hier 38.

61 Vgl. Segall, „Die Entwicklung der jüdischen Bevölkerung in Berlin von 1811–1910“, in: *Zeitschrift für Demographie und Statistik der Juden (ZDSJ)*, 1913, 8–12; ders., „Die Entwicklung der Juden in Preussen während der letzten hundert Jahre“, in: *ZDSJ*, 6/1912, 81–86; ders., „Zahl der Juden in Deutschland nach der Volkszählung vom 1. Dezember 1910“, in: ebd., 159–162; ders., „Die Ergebnisse der Berufszählung von 1907 für die Juden in Preußen“, in: *ZDSJ*, 7/1910, 97–102.

7% der jüdischen Gesamtbevölkerung in Deutschland und 4% der Bevölkerung Berlins. Während der Anteil an der Bevölkerung der Reichshauptstadt konstant blieb, veränderte sich das Verhältnis zur Gesamtzahl der Juden: Kurz vor dem Ersten Weltkrieg wohnte fast ein Drittel aller deutschen Juden in Berlin.<sup>62</sup> Die Urbanisierung der Juden vollzog sich schneller und in weit größerem Umfang als die der übrigen Bevölkerung. Im Jahre 1871 lebten knapp 20% aller Juden in Großstädten, 1910 waren es schon 58%, und 1933 immer noch 54,5%; 32,1% von ihnen allein in Berlin. Die Gesamtbevölkerung wohnte dagegen 1871 nur zu 5% Prozent und 1910 zu etwa 12% in Großstädten. 1905 hatten 95% aller (kleineren) Orte im Deutschen Reich keine jüdischen Einwohner.<sup>63</sup> Die Konzentration der jüdischen Reichsbevölkerung in Städten, vor allem in Berlin, führte zu ihrer verstärkten Teilhabe an der modernen sozialen und ökonomischen Entwicklung. Der Abzug in die Stadt hing meistens mit der modernen Verkehrsentwicklung und der dort stärkeren Konzentration der Bevölkerung und des Handels zusammen. Die Urbanisierung bot zugleich die Chance besserer Bildungsmöglichkeiten. In Preußen war die Gruppe der jüdischen Kinder, die mehr als eine Volksschulbildung erhielten, prozentual acht Mal so hoch wie die ihrer nichtjüdischen Altersgenossen. Auch wurde zunehmend den Töchtern eine Ausbildung ermöglicht: Ein Drittel der Mädchen an höheren Schulen war am Ende des 19. Jahrhunderts jüdisch, während ein Viertel der Gymnasiasten jüdischer Herkunft waren. Die akademischen Eliten rekrutierten sich vornehmlich aus urbanen Schichten.<sup>64</sup>

Die Verfassung von 1871 enthielt die endgültige rechtliche Gleichstellung, die neben der räumlichen auch eine soziale und ökonomische Mobilität bewirkte. Juden waren im öffentlichen Leben bereits vor der Reichsgründung präsent, und die (staats)bürgerliche Verbesserung ihrer Lage war bereits vor 1800 zu einem Thema geworden.<sup>65</sup> Eine bereits begonnene Integration<sup>66</sup> schritt voran, war aber

62 Vgl. Alexander, „Die jüdische Bevölkerung Berlins in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts: Demographische und wirtschaftliche Entwicklungen“, in: Rürup, *Jüdische Geschichte in Berlin*, 117–148, hier 139; ders., „Die Entwicklung der jüdischen Bevölkerung in Berlin zwischen 1871 und 1945“, in: *TAJB* 20/1991, 287–314; vgl. auch: *Berliner Statistik für das Jahr 1906 und 1907*, 15; für die Jahre 1908 bis 1912, ebd., Berlin 1907ff.

63 Volkov, „Jüdische Assimilation und Eigenart im Kaiserreich“, in: dies., *Antisemitismus als kultureller Code*, 126.

64 Toury, *Soziale und politische Geschichte der Juden*, 177f; Segall, *Die beruflichen und sozialen Verhältnisse*, 28ff., 65ff.; ders., „Die Ergebnisse der Berufszählung von 1907 für die Juden in Preußen“, in: *ZDSJ*, 7/1910, 97–102.

65 Vgl. Grab, „Der deutsche Weg der Judenemanzipation“, in: ders., *Der deutsche Weg der Judenemanzipation*, 9–40.

66 Der zeitgenössisch undifferenziert gebräuchliche Begriff der Assimilation bezeichnete zum einen die problemlose Integration der Juden in ihre nichtjüdische Umwelt durch Übernahme kultureller Wahrzeichen wie Sprache und Literatur, ohne die eigene Identität aufzugeben. Zum anderen bezog er sich aber auch auf eine absolute „Amalgamation“ durch Übernahme aller (christlichen) Sitten und Gebräuche, bis hin zu Taufe und Namenswechsel. Vgl. Gay, *Begegnung mit der Moderne*, 243, 248. Der anthropologisch angelehnte Begriff der Akkulturation dagegen bezieht die grundsätzlich mögliche Existenz multipler – auch situativer – Identitäten, die durch gleichzeitige Zuweisungen wie: Jude, Deutscher, Preuße, Berliner charakte-

auch an gewisse Bedingungen geknüpft, z. B. an die Akzeptanz der deutschen Sprache – und damit zunehmend der deutschen Kultur.<sup>67</sup> Die Voraussetzung für die kulturelle Annäherung war neben der Offenheit seitens der nichtjüdischen Bevölkerungsgruppe auch ein wachsendes Interesse der Juden an einer bürgerlichen Kultur. Allerdings existierten bedeutende Unterschiede in den Erwartungen von Juden und Nichtjuden an die Emanzipation und Akkulturation. Christen hofften, dass die jüdische Gemeinschaft völlig absorbiert werden würde. Juden waren oft bereit, ihre Gemeinden zu reformieren, doch nicht, sie aufzulösen. Die vollständige Aufgabe des Judentums durch Taufe war zwar ein von beiden Seiten als absolut betrachteter Konsens, doch blieb die Taufe an sich eher ein Randphänomen: Während des ganzen 19. Jahrhunderts hat es in Deutschland kaum mehr als 22000 Konversionen gegeben (etwa 4% der jüdischen Bevölkerung).<sup>68</sup> Auch in der Weimarer Republik stieg die Zahl der Konversionen bzw. der Austritte von „Dissidenten“ oder „Konfessionslosen“ kaum wesentlich an; dagegen vermehrte sich die Zahl interkonfessioneller Ehen: Im Reichsgebiet waren es zeitweise 37% aller von Juden geschlossenen Ehen, die spätestens in der zweiten Generation zur Aufgabe des Judentums führten.<sup>69</sup>

Der sich durchsetzende Wirtschaftsliberalismus, die zunehmende industrielle Produktion und die Entwicklung des modernen Verkehrswesens verdrängten immer mehr die traditionellen Berufe in Ackerbau und Handwerk, welche den Juden weitgehend verschlossen geblieben waren, und verschafften auch den Berufen in Handel und Verkehr sowie im Finanzwesen einen bedeutsamen Aufschwung. Dies waren Berufe, in welchen Juden einen gewissen Erfahrungsvorsprung an wirtschaftlicher Praxis und Mobilität besaßen, so dass für sie keine Notwendigkeit bestand, sich an anderen Berufsgruppen zu orientieren. So war es vor allem die Anpassung an die Erfordernisse der modernen industriellen Wirtschaft, welche die jüdische Berufsstruktur veränderte und den Weg zum Aufstieg bereitete. Tatsächlich waren immer zwischen 50 und 60% der jüdischen Erwerbstätigen im Sektor Handel und Verkehr beschäftigt (dagegen etwa 10% der Gesamtbevölkerung). Doch Art und Umfang des von Juden betriebenen Handels veränderten sich im 19. Jahrhundert grundlegend. Der Weg führte oft vom Hausier- und Trödeljuden zum bürgerlichen jüdischen Kaufmann. Ein wesentlicher Faktor des Aufstiegsprozesses der deutschen Juden fand damit innerhalb des Handelssektors statt. Das spezifische demografische und ökonomische Verhalten der jüdischen Minderheit führte

riert wird. Volkov, *Juden in Deutschland 1780–1918*, 89f; dies., *Jüdische Assimilation und Eigenart im Kaiserreich*.

67 Jacob Toury, „Die Sprache als Problem der jüdischen Einordnung in den deutschen Kulturraum“, in: Grab, *Gegenseitige Einflüsse*, 75–96; Lässig, „Sprachwandel und Verbürgerlichung. Zur Bedeutung der Sprache im innerjüdischen Modernisierungsprozeß des frühen 19. Jahrhunderts“, in: *Historische Zeitschrift* 270/2000, 617–668.

68 Toury schätzt die Zahl der Taufen auf 11000 zwischen 1800 und 1870 und etwa 11500 zwischen 1871 und 1900, vgl. Toury, *Soziale und politische Geschichte der Juden*, 60.

69 Richarz, *Die Entwicklung der jüdischen Bevölkerung*, 19ff.

zwar zu einer wachsenden Unterscheidung von der Gesamtbevölkerung, entsprach aber den Entwicklungen im deutschen Bürgertum in vieler Hinsicht.<sup>70</sup>

Auffällig bleiben allerdings zwei Faktoren. Zum einen der starke Anteil der Juden an der wirtschaftlichen Führungsschicht auf, was nicht bedeutete, dass die Mehrheit der Juden reich war, sehr wohl aber, dass unter den Reichen viele Juden waren. Unter den hundert reichsten Männern Preußens befanden sich 1910 immerhin 29 Juden, in Berlin waren 10 der 11 reichsten Unternehmer Juden. Zum anderen ist auch die Zahl der Selbständigen unter den deutschen Juden bemerkenswert: 1907 waren es über 50%, auch wenn kleine Handwerker, Ladeninhaber oder Altwarenhändler dazu gezählt wurden. Dementsprechend blieb die Zahl abhängig Beschäftigter mit knapp über 30% deutlich unterdurchschnittlich.<sup>71</sup> Während im Sektor Handwerk und Industrie bei der Gesamtbevölkerung die Industriearbeiter die Mehrheit ausmachten, überwogen bei Juden Handwerker und Inhaber kleiner (und großer) Fabriken. In diesem Sektor waren Juden besonders in der Textil-, später auch in der Elektro- und der chemischen Industrie vertreten, während sie in der Schwerindustrie eine eher geringfügige Rolle spielten. Auch die Druckindustrie war ein von Juden bevorzugter Unternehmenszweig, hatte es doch für den Druck hebräischer Bücher in Deutschland seit Jahrhunderten jüdische Drucker und Druckereien gegeben. Doch in keinem Handelszweig verfügten Juden über eine ähnlich starke Stellung wie im Bankgeschäft: 1882 waren 43% aller Direktoren und Inhaber von Bank- und Kreditunternehmen in Preußen Juden, 1895 allerdings „nur“ noch 37%, in Berlin etwa die Hälfte.<sup>72</sup>

Ein wirklich neues Phänomen der jüdischen Berufsstruktur bildete die wachsende Zahl der jüdischen Akademiker, ein Zeichen für den Aufstieg ins Bildungsbürgertum. Mit dem ökonomischen Aufstieg war nicht zuletzt eine kulturelle Mobilität verbunden, zwei Phänomene, welche einander bedingten und bestärkten: Der soziale Aufstieg war in Deutschland für das Bürgertum oft mit Bildung verbunden. Zwar kamen die jüdischen Studenten nicht nur aus wohlhabenden Familien, sondern teilten die klein- bis mittelbürgerliche Herkunft vieler nichtjüdischer Studenten im Kaiserreich und in der Weimarer Republik.<sup>73</sup> Allerdings wirkte eine gesicherte finanzielle Lage zweifellos bestärkend auf die Entscheidung für eine akademische Karriere nach dem Studium. In der Tat kamen die meisten (Berliner) jüdischen Dozenten aus bürgerlichen und bildungsbürgerlichen Schichten, viele von ihnen zudem aus dem Bürgertum Berlins, und ihre Zahl nahm in der Weimarer Republik zu, wie auch der Prozess der Verbürgerlichung und Akademisierung der jüdischen Minderheit nach 1918 bereits weit fortgeschritten war. Anzeichen von Antisemitismus in der akademischen Welt schienen den Trend der raschen Akademisierung nicht zu verändern. Vor 1914 hatten Juden kaum Chancen, in

70 Vgl. Lässig, *Jüdische Wege ins Bürgertum*; dies., „How German Jewry Turned Bourgeois: Religion, Culture and Social Mobility in the Age of Emancipation“, in: *GHI Bulletin* No. 37 (Fall 2005), 59–73.

71 Nipperdey, *Deutsche Geschichte*, Erster Band, 398f.

72 Ebd., 399.

73 Vgl. Kampe, *Studenten und „Judenfrage“*, 58, 77ff.

den diplomatischen Dienst oder in die höheren Ränge der staatlichen Bürokratie zu gelangen, und auch die Offizierskarriere blieb ihnen verschlossen. In den Jahren 1885–1914 wurde in Preußen kein ungetaufter Jude zum Reserveoffizier ernannt (dagegen etwa 300 getaufte). Dies alles hatte zur Folge, dass Juden auf freie Berufe auswichen: Sie wurden Ärzte, Zahnärzte, Rechtsanwälte, Journalisten, während christliche Akademiker vorwiegend als Lehrer, Professoren oder Richter angestellt wurden. 1895 waren 6,5% aller Erwerbstätigen in Deutschland und 5,7% aller arbeitenden Juden im Sektor „Öffentliche Dienste und Freie Berufe“ verzeichnet, und während diese Zahl bis 1907 für die Gesamtbevölkerung zurückging, wies sie einen weiteren Anstieg für die Juden auf. 1907 waren 15% aller deutschen Rechtsanwälte und 6% aller Ärzte Juden, was bei ihrer Konzentration in Großstädten und angesichts des prozentual kleinen Anteils der Juden an der Gesamtbevölkerung besonders auffiel. Achtzehn Jahre später waren 15% der Ärzte und fast 40% der Anwälte in Preußen jüdisch; auf das gesamte Deutsche Reich bezogen waren es 10,6% bzw. 16,3%.<sup>74</sup>

Die Phänomene der Urbanisierung, Akademisierung und allgemeinen Akkulturation hatten auch einen Einfluss auf die Formierung der Gruppe der jüdischen Dozenten an der Berliner Universität. Tatsächlich stammten diese zunehmend aus urbanen Schichten: War die erste Generation der zum Lehramt in Berlin zugelassenen Juden oft aus den östlichen Provinzen eingewandert, so kann in der zweiten Generation der um 1880 geborenen Hochschullehrer eine Großstadt als der zentrale Geburtsort festgemacht werden, in auffällig vielen Fällen Berlin. Auch die Struktur der sozialen Herkunft spiegelte den Prozess der Verbürgerlichung wider: Ein Großteil der Dozenten gab den Beruf des Vaters als „Kaufmann“ an, allmählich ergänzt durch die so genannten freien Berufe des Arztes, des Rechtsanwalts, auch des akademischen Lehrers.<sup>75</sup> Die graduelle Einbindung in die nichtjüdische Umwelt drückte sich zudem in der zunehmenden Zahl der Taufen aus. In der zweiten und dritten Generation der jeweils um 1880 und um 1900 geborenen Berliner Dozenten war die Zahl der getauften Lehrer weit höher als zu Beginn des Untersuchungszeitraums. Darüber hinaus nahm die Zahl der Personen zu, welche bei der Geburt getauft wurden, mithin aus Familien stammten, die bereits vor ihrer Geburt zum Christentum konvertiert waren.

74 Volkov, *Juden in Deutschland 1780–1918*, 54; Silbergleit, *Bevölkerungs- und Berufsverhältnisse der Juden*, 331, 336, 338 und 341; *Statistik des Deutschen Reiches*, Bd. 401 (Volks-, Berufs- und Betriebszählung vom 16. Juni 1925); 403 (Berufszählung Ost- und Mitteldeutschland), Heft 1 und Heft 3; Bd. 451 (Volks-, Berufs- und Betriebszählung vom 16. Juni 1933), Heft 5; Bd. 453, Heft 2. In Berlin betrug die Quote 1925: 39,2% der Ärzte und 47% der Anwälte.

75 Vgl. allgemein zum sozialen Profil der deutschen Hochschullehrer: Ferber, „Die Entwicklung des Lehrkörpers der deutschen Universitäten und Hochschulen 1864–1954“, in: Plessner, *Untersuchungen zur Lage*, Bd. 3, sowie Schwabe, *Deutsche Hochschullehrer*, darin v. a. Ringer, „Das gesellschaftliche Profil der deutschen Hochschullehrerschaft 1871–1933“, 93–104, Burchardt, „Naturwissenschaftliche Universitätslehrer im Kaiserreich“, ebd., 151–214, und vom Bruch, „Historiker und Nationalökonom im Wilhelminischen Deutschland“, ebd., 105–150.